

P R O T O K O L L
der 309. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 24. April 2007
Zeit	19.30 – 20.40 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Künzi-Egli Barbara
Mitglieder	Aebersold Jürg, Aebi Florian, Aeschimann Pia, Bärtschi Markus, Beck Jolanda, Bettler-Suter Verena, Brüngger Samuel, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat- Dangel Caroline, Diem Cyrill, Friedli Rolf, Gantner Urs, Gossweiler-Ebnetter Isabelle, Graham Marina, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Lehmann Beat, Loosli Marc, Mallepell Elisabeth, Manz-Tanner Judith, Marti Beat, Meyer Roland, Müller Maja, Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schönenberger- König Daniela, Schwander Fritz, Staub Bettina, Streit Lee, Treier Hannes, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzählerinnen	Ruta Francesca, Wenger-Kupferschmied Ursula
Vertreter des Gemeinderates	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Hanke Thomas, Gubler-Geelhaar Patricia, Mangold Kathrin, Pulver-Schober Beatrice, Stalder-Ritschard Barbara, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	Grütter Urs, Siegenthaler Urs, Stauffer Nando, Wegmüller Beat
Zusätzlich anwesend	Eberhard Rolf, Leiter Hochbau + Planung, Soltermann Ernst, Leiter Umwelt + Verkehr
Protokoll	Laager Simon, Stv. der Gemeindeschreiberin

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 20. März 2007	243
2	Sportkommission; Ersatzwahl	243
3	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2006; Abrechnung	243
4	GÜMLIGENFELD	244
	A. Gümligenfeld	
	a. Postulat Grütter (SVP): "Vorwärts im Gümligenfeld"	
	b. Motion Aeschimann / Graham (Forum) betr. Fahrtenkontingent für den ESP Gümligenfeld	
	c. Motion SVP- und FDP-Fraktionen betr. Entwicklung des ESP Gümligenfeld	
	B. Änderung der Überbauungsordnung Gümligenfeld Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative "Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr"; Mitwirkung	
	C. Volksinitiative "Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr"; Verlängerung der Antragsfrist	
5	Postulat Beyeler (Forum) betr. Quartier-Infosäulen; Zwischenbericht	254
6	Postulat Raaflaub (FDP) betr. Aufsicht bei Oberstufenschülerinnen und -schülern in der Mittagspause; Abschreibung	254
7	Postulat SP-Fraktion betr. Verkehrssicherheit in der Nussbaumallee; Zwischenbericht	255
8	Neue parlamentarische Vorstösse	255

Mitteilungen

Die Vorsitzende eröffnet die 309. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Herzlich begrüsse sie die Gäste und die Presse, insbesondere Herrn Adrian Lüpold als neuen Vertreter der Berner Zeitung. Seitens der Verwaltung begrüsse sie die Herren Rolf Eberhard, Leiter Hochbau + Planung, sowie Ernst Soltermann, Leiter Umwelt + Verkehr, welche zum Traktandum 4 für Fragen und Auskünfte zur Verfügung stehen würden.

Weiter begrüsse sie das neue Mitglied der FDP/jf-Fraktion, Cyrill Diem. Sie wünsche ihm in der Ratsmitte alles Gute und viel Erfolg.

An der nächsten Sitzung werde ein Übungslauf mit einem Stehpult und Mikrofon durchgeführt. Es handle sich dabei um einen Test, der aufzeigen sollte, ob dies technisch und vom Ratsablauf her möglich, machbar und sinnvoll sei. Sie bitte daher die Mitglieder, sich für die nächste Sitzung mental darauf vorzubereiten, dass sie ihre Voten vorne an einem Stehpult und mit Mikrofon abgeben würden. Ebenfalls werde der Gemeinderat mit einem kleinen, mobilen Mikrofon ausgerüstet sein.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste liegen keine Einwände vor.

1 Protokoll der Sitzung vom 20. März 2007

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Sportkommission; Ersatzwahl

Die Freisinnig-Demokratische Partei schlägt anstelle des auf den 28. Februar 2007 zurückgetretenen Daniel Kneubühl als Mitglied der Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer vor:

Ruth Raaflaub, Turnlehrerin, Hessesstrasse 6, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Ruth Raaflaub wird für den Rest der laufenden Amtsdauer einstimmig als neues Mitglied der Sportkommission gewählt.

Die Vorsitzende gratuliert der Gewählten und dankt Daniel Kneubühl für die geleistete Arbeit zugunsten der Sportkommission.

3 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2006; Abrechnung

Die Vorsitzende führt aus, die GPK habe keinen Sprecher bestimmt, dem Geschäft jedoch einstimmig zugestimmt.

Die gemeinderätliche Sprecherin, Beatrice Pulver-Schober, wünscht das Wort nicht.

Eintreten wird nicht bestritten.

Es werden keine Voten vorgetragen.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen im Jahre 2006 wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 500'000.00 mit CHF 488'590.10 ab (Kreditunterschreitung von CHF 11'409.90).

4

GÜMLIGENFELD

A. Gümligenfeld

- a. **Postulat Grütter (SVP): "Vorwärts im Gümligenfeld"**
- b. **Motion Aeschimann / Graham (Forum) betr. Fahrtenkontingent für den ESP Gümligenfeld**
- c. **Motion SVP- und FDP-Fraktionen betr. Entwicklung des ESP Gümligenfeld**

B. Änderung der Überbauungsordnung Gümligenfeld

Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative "Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr"; Mitwirkung

C. Volksinitiative "Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr"; Verlängerung der Antragsfrist

Die Vorsitzende informiert, vor der Sitzung seien die Fraktionschefs über den Ablauf dieses Traktandums informiert worden. Sie bitte die Ratsmitglieder, sich inhaltlich nur zu den jeweiligen Geschäften zu äussern und sachlich zu bleiben. Zuerst werde sie das Wort dem Vertreter des Gemeinderates geben, danach den Motionären/Postulanten. Anschliessend sei die Diskussion offen. Die Abstimmung über die drei Vorstösse erfolge einzeln.

A Gümligenfeld

- a. **Postulat Grütter (SVP): "Vorwärts im Gümligenfeld"**
- b. **Motion Aeschimann / Graham (Forum) betr. Fahrtenkontingent für den ESP Gümligenfeld**
- c. **Motion SVP- und FDP-Fraktionen betr. Entwicklung des ESP Gümligenfeld**

Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat Grütter (SVP) "Vorwärts im Gümligenfeld" abzuschreiben sowie die beiden Motionen Aeschimann/Graham (Forum) betr. "Fahrtenkontingent für den ESP Gümligenfeld" sowie SVP- und FDP-Fraktionen betr. "Entwicklung des ESP Gümligenfeld" als Postulate zu überweisen und anschliessend abzuschreiben.

Thomas Hanke führt namens des Gemeinderates aus, er könne nicht ausschliessen, dass er sich inhaltlich auch zum Geschäft B äussern werde, weil die Antwort des Gemeinderates zu den parlamentarischen Vorstössen deckungsgleich sei mit dem Gegenvorschlag. Der Gemeinderat habe sich Mühe gegeben, die drei parlamentarischen Vorstösse ausführlich zu beantworten, weil er gleichzeitig auch den Druck gespürt habe, die Initiative mit einem fundierten Gegenvorschlag beantworten zu müssen.

Für das Gümligenfeld seien ursprünglich 640 Parkplätze bewilligt gewesen und keine "Fahrten". Es sei allseits bekannt, dass diese Parkplatzregelung, mit Ausnahme des Media Marktes, welcher noch unter altem Regime gebaut worden sei, nicht mehr angewendet werde. Mit anderen Worten bleibe diese Parkplatzregelung - wenn der Media Markt keine Nutzungsänderung beantrage - wie bis anhin bestehen. Man wisse im Weiteren, dass für das Gümligenfeld als kantonaler ESP ein verkehrsintensives Vorhaben (VIV) mit 2'500 Fahrten bewilligt worden sei. Zudem müssten Bauvorhaben, welche keine 2'000 Fahrten generieren würden, nicht in einem Fahrleistungsmodell erfasst werden, sondern fänden im regionalen "Kuchen" Platz. In einem ESP erfolge eine vernünftige Verkehrsregelung zurzeit über ein Fahrtenmodell. Im Gümligenfeld

habe man das Reitsportzentrum mit rund 500 Fahrten, den Media Markt mit rund 2'000 Fahrten sowie zwei Bauvorhaben, bei welchen die Fahrten hochgerechnet worden seien. Die Implan habe in der Zwischenzeit ein modifiziertes Baugesuch eingereicht, man werde also keine 4'500 Fahrten mehr haben, zumal in diesem modifizierten Baugesuch keine Tankstelle mehr vorgesehen sei. Weiter habe HRS für den 1. Stock im Media Markt-Gebäude ein Nutzungsänderungsgesuch gestellt. Die Schwierigkeit zwischen dem Gegenvorschlag zur Initiative bzw. zur Beantwortung der drei parlamentarischen Vorstösse in Relation mit diesen Bauvorhaben habe sich in der Zwischenzeit auch geklärt: Mit dem Erlass einer Planungszone auf die Dauer von zwei Jahren könne nun der Gemeinderat zuerst die Arbeit - zusammen mit dem Parlament und dem Stimmvolk - erledigen.

Für den Gemeinderat sei klar gewesen, dass die zukünftige Entwicklung im Gümligenfeld mit einem Fahrtenmodell geregelt werden müsse. Bevor man sich Überlegungen über die gewünschte Anzahl erlaubter Fahrten habe machen können, sei natürlich die Frage aufgetaucht, wie viele Fahrten überhaupt generiert werden könnten. Hochrechnungen hätten ergeben, dass ein verkehrintensives Vorhaben und mehrere Bauvorhaben bis zu 10'000 Fahrten auf dem Gümligenfeld generieren könnten. So viele Fahrten stünden für den ESP Gümligenfeld jedoch nicht zur Verfügung, daher sei die Frage aufgetaucht, ob beim VRB oder beim Kanton noch zusätzliche Fahrtenkontingente eingeholt werden sollten. Der Gemeinderat habe entschieden, darauf zu verzichten. All diese Überlegungen seien in die Beantwortung der drei parlamentarischen Vorstösse sowie in den Gegenvorschlag geflossen.

Eine weitere Rahmenbedingung sei die Kapazität des bestehenden Verkehrsnetzes gewesen. Dort müsse er dem Kanton und dem Bund ein Kränzchen winden. Diese würden sehr gut "spulen". Die Pläne für eine Kapazitätssteigerung, namentlich auf der Kantonsstrasse, durch eine Neuregelung der Autobahnausfahrt von Rubigen her und dem neuen Kreisel Waldrain, würden auf dem Gümligenfeld maximal 6'800 Fahrten ermöglichen. Von dieser Rahmenbedingung gehe der Gemeinderat aus. Er habe auch abgeklärt, ob mit dem vorgeschlagenen Fahrtenkontingent von 6'500 Fahrten die Umweltverträglichkeit und die Lärmbelastung eingehalten werden könnten, was gemäss dem Fachbericht zutrefte. Gestützt darauf habe der Gemeinderat entschieden bzw. erkannt, dass das Gümligenfeld ein ESP sei und bleiben solle, und, dass auf den noch zu überbauenden Baufeldern eine angemessene Nutzung ermöglicht werden solle. Der Gemeinderat verzichte auf weitere Fahrtenkontingente und wolle keine uneingeschränkte Nutzung ermöglichen, welche verkehrsmässig nicht abgedeckt werden könnte. Er schlage daher eine Beschränkung auf 6'500 Fahrten vor, was auch aus dem Bericht Roduner als machbar hervorgehe. Die Auflistung auf die einzelnen Baufelder sei notwendig, damit die Rechtssicherheit gewährleistet sei. Eine Rechtssicherheit, welche heute nicht vorhanden sei, da man nicht wisse, was wo gelte. Er verspreche sich mit dieser Regelung mehr Klarheit. Ob das Fahrtenmodell in zehn Jahren das Ei des Kolumbus sei, bleibe dahingestellt. Man gehe ja auch eine Ortsplanung alle zehn Jahre neu an. Insofern habe sich der Gemeinderat entschieden, diese drei Vorstösse miteinander zu behandeln, zu beantworten und im Sinne der von der Vorsitzenden erwähnten Beschlussfassung einzeln darüber abzustimmen.

a) Postulat Grütter (SVP) betreffend "Vorwärts im Gümligenfeld!"

Markus Bärtschi (SVP) gibt namens des abwesenden Urs Grütter (SVP) bekannt, er sei mit dem Antrag einverstanden und betrachte sein Anliegen mit dem Entscheid der Baudirektion und dem Bericht des AGR als erledigt.

b) Motion Aeschimann / Graham (Forum) betreffend Fahrtenkontingent für den ESP Gümligenfeld

Pia Aeschimann (Forum) führt aus, sie und Marina Graham (Forum) würden an der Motion festhalten. Ihre Punkte seien im Gegensatz zum Postulat Grütter und zur Motion der FDP/SVP-Fraktionen weder erfüllt noch in den gemeinderätlichen Gegenvorschlag eingebracht worden. Es gebe jedoch einen viel wichtigeren Grund, weshalb sie an dieser Motion festhalten würden: Ihre Motion sei eine Reaktion auf den Bericht des AGR vom April 2006, welcher aufgezeigt habe, dass die Überbauungsordnung gar nicht mehr rechtmässig umgesetzt werden könne. Das sei für den Gemeinderat, die Gemeinde und auch für das Initiativkomitee eine neue Erkenntnis gewesen. Die Motion verlange einzig, die Überbauungsordnung anzupassen, und zwar an das heute geltende Recht. Wie man gehört habe, seien 640 Parkplätze bewilligt, was gemäss Bericht rund 2'500 Fahrten entspreche. Sie hätten in ihrem Text auch ganz klar geschrieben "bis zur Volksabstimmung", was auch ein Punkt sei, weshalb sie an der Motion festhalten wollten, weil sie gehofft und gedacht hätten, der Gemeinderat würde einen Gegenvorschlag ausarbeiten. Ihr Ziel sei, dass das Volk zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden könne, und zwar nicht zwischen einer auf neuestem Recht basierenden Möglichkeit und einer, welche gar nicht mehr umgesetzt werden könne, sondern zwischen zwei dem heutigen Recht entsprechenden Varianten. Deshalb sei der Text genau so formuliert, dass das gemacht werde, bis die Volksabstimmung stattfinde und dann könne das Volk wählen. Das sei der Grund, weshalb sie an der Motion festhalten wollen.

Im Weiteren wollten sie ein doppeltes Nein verhindern, weil es nur Kosten verursachen und die Leute als "blöd darstellen" würde, womit schlussendlich nur ein Scherbenhaufen vorhanden wäre. Was wäre, wenn die Volksinitiative angenommen würde? Wie man am letzten Mittwoch an der Informationsveranstaltung gehört habe, habe der Gemeinderat für einen solchen Fall noch kein Szenario. Daher hoffe sie auf möglichst viele Stimmen, damit an dieser Motion festgehalten werde, um schlussendlich zwei rechtlich umsetzbare Vorschläge und somit eine wirkliche Wahlmöglichkeit zu haben.

c) Motion SVP- und FDP-Fraktionen betr. Entwicklung des ESP Gümligenfeld

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlüsse

- a. Das Postulat Grütter (SVP) "Vorwärts im Gümligenfeld" wird einstimmig abgeschlossen.
- b. Die Überweisung der Motion Aeschimann / Graham (Forum) betreffend Fahrtenkontingent für den ESP Gümligenfeld wird mit 15:21 Stimmen abgelehnt.
- c. Das Postulat der SVP- und FDP-Fraktionen betreffend Entwicklung des ESP Gümligenfeld wird mehrheitlich überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschlossen.

B Änderung der Überbauungsordnung Gümligenfeld Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative "Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr"; Mitwirkung

Die Vorsitzende orientiert, hier gehe es um die Mitwirkung des Parlaments. Die Verabschiedung des Gegenvorschlages werde im November 2007 erfolgen.

Hans-Rudolf Saxer erklärt namens des Gemeinderates, es sei allseits bekannt, dass die Mitwirkung zum gemeinderätlichen Gegenvorschlag zur Volksinitiative bis Ende April 2007 daure. In Anbetracht dessen, dass es sich hierbei um ein wichtiges und umstrittenes Geschäft handle, habe der Gemeinderat, zusätzlich zur schriftlichen Mitwirkung, beschlossen, heute Abend dem Rat – quasi parallel zum Mitwirkungsverfahren in Form einer zusätzlichen Anhörung – die Gelegenheit zu geben, sich zum Gegenvorschlag äussern zu können. Daher gehe es nun nicht um eine inhaltliche Diskussion oder entsprechende Beschlüsse. Die materiellen Beschlüsse zur Initiative und zum Gegenvorschlag seien im November 2007 vorgesehen, und zwar nach Durchführung des weiteren gesetzlichen Verfahrens, wie Vorprüfung durch das AGR, öffentliche Auflage etc. Es gehe jetzt grundsätzlich auch nicht um die Beantwortung von Fragen. Letzten Mittwoch, 18. April 2007, habe der Gemeinderat im Landgasthof Sternen bekanntlich eine umfassende Informationsveranstaltung durchgeführt, welche insbesondere auch eine eingehende Beantwortung von Fragen zum Gegenstand gehabt habe. Heute Abend wolle der Gemeinderat vielmehr die Einschätzungen des Parlaments entgegennehmen können.

Hannes Treier begrüsst und befürwortet namens der FDP/jf-Fraktion den vom Gemeinderat in Zusammenarbeit mit den zuständigen kantonalen Behörden erarbeiteten Gegenvorschlag. Dieser stelle eine zweckmässige Lösung dar, damit der kantonale, wirtschaftliche ESP Gümligenfeld sinn- und massvoll weiterentwickelt werden könne. Die FDP Muri-Gümligen stimme den Änderungen der Überbauungsvorschriften, namentlich der Neuformulierung von Artikel 17, zu.

Sie sei der Auffassung, weder die besagte Volksinitiative, noch der Status quo seien der richtige Ansatz, um die bestehende Problematik rund um den ESP Gümligenfeld zu entschärfen und einer tragbaren Lösung zuführen zu können. Der vorliegende Gegenvorschlag sei ihres Erachtens deshalb durchaus im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gewerbetreibenden der Gemeinde Muri-Gümligen und könne – was nicht unwesentlich sei – dem Vernehmen nach auch von den potenziellen Investoren und Bauherren mitgetragen werden.

Der Gemeinderat halte im Erläuterungsbericht klipp und klar fest, das Ziel der Initiative, ein übermässiges Verkehrsaufkommen im Gümligenfeld zu vermeiden, sei mit dem Initiativtext nicht zu erreichen. Aus diesem Grunde sei die Initiative für die FDP-Fraktion in jedem Fall die falsche Lösung.

Ein weiterer und für die FDP Muri-Gümligen wesentlicher Parameter sei die Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes. Das Strassensystem müsse in der Lage sein, den durch die Nutzung des ESP Gümligenfelds generierten Verkehr aufnehmen zu können. Dies sei gemäss dem Bericht Roduner der Fall. Im Verkehrsgutachten sei nachgewiesen, dass mit den geplanten Kapazitätsanpassungen das Verkehrsaufkommen auf dem Gümligenfeld bewältigt werden könne. Es sei sicherzustellen, dass Anpassungen am Strassensystem durch den Kanton zeitgerecht vorgenommen würden.

Martin Häusermann teilt namens des Forums mit, er möchte seine Ausführungen in drei Teile gliedern. Zuerst komme er auf einige positive Aspekte des gemeinderätlichen Vorschlages zu reden, danach gehe er auf Punkte ein, die er eher als problematisch erachte und am Schluss mache er einen Vorgehensvorschlag im Sinne des Mitwirkungsverfahrens.

Der Vorschlag des Gemeinderates enthalte zwei Überlegungen, die das Forum als sinnvoll erachte. Erstens würden alle Baufelder vom ESP - auch die bereits baubewilligten - in das Fahrleistungsmodell einbezogen. Zweitens würden sämtliche Anlagen und Vorhaben des ESP, also alle Nutzungsarten inkl. Büro und Dienstleistungen, im Fahrleistungsmodell mitgerechnet. Diese beiden Grundsätze würden Klarheit schaffen und eine effiziente Überprüfung der Einhaltung der bewilligten Fahrtenzahl ermöglichen, indem auf einfache Art und Weise die Fahrten ausgangs Kreisel Feldstrasse gemessen würden.

Bevor er den Vorschlag des Gemeinderates etwas genauer durchleuchte, wolle er zwei Vorbemerkungen zum Fahrleistungsmodell bzw. zum DTV machen, deren man sich stets bewusst sein müsse, wenn von Zahlen gesprochen werde. Normalerweise unterliege ein Kontingent einem Toleranzbereich. Der Bericht Roduner gehe auf Seite 15 von 5% aus. Der Text der Überbauungsordnung sehe keine Toleranz vor, er schliesse daraus, dass dort die Toleranz null sei. Dies könnte auch ein wenig präzisiert werden.

Das Vorhaben Kamata, welches heute mit 1'100 DTV geplant sei, sei in diesen Überlegungen und insbesondere im Kontingent nicht berücksichtigt. Dieses Vorhaben müsste jedoch, wenn es um Strassennetzkapazitäten gehe, natürlich mitberücksichtigt werden. Der Gemeinderat schlage im Gegenvorschlag zur Initiative ihrer Ansicht nach eine Maximalvariante vor, mit welcher seine im Bericht erwähnten, vier Ziele scheinbar erreicht würden. Dies führe jedoch unweigerlich dazu, einen Spagat zu vollführen. Die 6'500 Fahrten würden auf einer Berechnung basieren, wo sowohl die Vorgabe, dass nur ein Kontingent à 2'500 Fahrten dem ESP zugeordnet sei, wie auch die Feststellung, dass das Baufeld A (weil es bereits bebaut sei) nicht darunter fallen würden. Es werde dabei ganz gewaltig mit Zahlen jongliert, um eben ein Maximum an Fahrten herauszuholen.

Das bestehende Strassennetz sei bereits heute in den Spitzenzeiten vollständig ausgelastet. Da komme der neue Kreisel „Waldrain“ gerade recht, erhöhe er doch die rechnerisch maximal mögliche Kapazität auf 6'800 Fahrten. Leider bewirke dieser Kreisel mit der Zufahrt auf die T10 auch, dass eine Landwirtschaftszone derart zerschnitten werde, dass sie zukünftig nicht mehr als solche genutzt werden könne. Bezüglich Lärm- und Luftemissionen wolle er festhalten, dass die Thunstrasse bereits heute den Immissionsgrenzwert von 60 dB(A) tagsüber mit im Bericht erwähnten Messungen von 65 dB(A) mehr als erreiche. Da aber die Steigerung durch den Zusatzverkehr ESP rechnerisch kleiner als 1dB angenommen werde, gehe man davon aus, dass eine weitere Steigerung zulässig sei. Eine solche Überlegung sei wohl nur für Spezialisten nachvollziehbar. Er denke, das Volk sei überfordert, das zu verstehen. In diesem Zusammenhang wolle er auch auf einen interessanten Artikel zum Thema Grenzwert und Lärmbelastung, welcher heute im Bund erschienen sei, hinweisen, wo zur Diskussion stehe, ob man den Grenzwert nach unten anpassen müsste.

Ähnlich verhalte es sich mit der Luftbelastung. Laut Beco sei bereits heute der Grenzwert für Stickstoffdioxide im bewohnten Bereich auf der Thunstrasse überschritten. Der Beco-Bericht könne im Internet gelesen werden („Berner Luft 2006“). Infolge der Zunahme durch den ESP würden auf einzelnen Strassenabschnitten gemäss dem gemeinderätlichen Vorschlag bis zu 2'000 Fahrten zuviel generiert, als dass die Luftreinhalte-Grenzwerte noch eingehalten wären.

Der Vorschlag des Gemeinderates sei die dem Volk angebotene Alternative zur Initiative. Die Initiative verfolge die Vermeidung von einem starken Verkehrsaufkommen mittels Nutzungseinschränkungen. Dank dieser Initiative habe sich herausgestellt, dass die heutige Überbauungsordnung nicht rechtskonform sei. Bedauerlicherweise werde nun aber aufgrund des Initiativtextes die Absicht der Initiative unwirksam, wie der Gemeinderat richtig schreibe. Das Forum sei deshalb der Meinung, dem Volk sollte eine echte - also rechtskonforme - Alternative im Sinne und Geist der Initiative angeboten werden. Diese sollte ebenso auf einer Beschränkung des Verkehrsvolumens mit einem Kontingent durch eine verbindliche Festlegung der höchstzulässigen

Fahrten basieren. Das Forum fordere deshalb den Gemeinderat auf, dem Initiativkomitee die Gelegenheit zu geben, den Initiativtext so umzuformulieren, dass dieser ebenso rechtsverbindlich werde. Sollte dies aufgrund der Gemeindeordnung nicht möglich sein, würde das Forum vom Gemeinderat einen Variantenvorschlag erwarten, welcher dem Volk eine echte Wahl neben seiner Maximalvariante erlaube, beispielsweise ein realistisches Szenario, welches die Grenzwerte der Umweltverträglichkeit überall und jederzeit einhalten würde. Aufgrund des Berichts Roduner könnte dies ein Fahrtenkontingent von maximal 4'500 Fahrten sein. Das sehe man, weil die maximale Fahrtenzahlüberschreitung auf der Feldstrasse 2'500 Fahrten betrage. Mit einer solchen Begrenzung könnte der ESP einer Nutzung mit vermehrt wertschöpfenden Arbeitsstellen zugeführt werden. Zudem sinke so die Wahrscheinlichkeit, dass bei einem doppelten Nein bei der Volksabstimmung „alles beim Alten“ bleibe und eine unhaltbare Rechtsunsicherheit, wie sie mit der heutigen Überbauungsordnung vorhanden sei, weiter bestehen bleibe.

Als Nebeneffekt könnten mit einer Limite von maximal 4'500 Fahrten für den ESP auch die Auswirkungen des Vorhabens Kamata etwas abgefedert werden.

Generell möchte das Forum den Gemeinderat noch daran erinnern, dass er die Haltung der Bevölkerung zu vertreten habe und nicht etwa diejenige von einzelnen Landeigentümern, Investoren oder anderen Interessenvertretern.

Markus Bärtschi erklärt namens der SVP-Fraktion, sie sei der Auffassung, der vorgelegte Gegenvorschlag zeige grundsätzlich einen gangbaren Weg auf, indem der Gegenvorschlag im Falle seiner Annahme grundsätzlich geeignet sei, die herrschende Rechtsunsicherheit zu beenden, was ja möglichst rasch geschehen sollte. Wie der Gemeinderat im Erläuterungsbericht ausführe, sei die Initiative in diesem Punkt nicht geeignet, Klarheit über die erlaubten Nutzungen zu geben und sei auch nicht zielführend, wenn sie eine Nutzungsbeschränkung erreichen wolle, was offenbar die Initianten mittlerweile auch gesehen hätten. Er wolle dem Gemeinderat und insbesondere auch der Verwaltung für die grosse Arbeit danken, welche darin stecke und zusätzlich zum Daily-Business habe bewältigt werden müssen. Für die SVP-Fraktion sei die im Gegenvorschlag vorgesehene Beschränkung auf 6'500 Fahrten eher tief. Für sie sei dies überhaupt nicht die Maximal-, sondern eher eine Minimalvariante. Sie hätten es grundsätzlich lieber gesehen, wenn das Potenzial des Entwicklungsschwerpunktes ausgeschöpft würde. Wenn er als Massstab dazu den Bericht nehme, wären dies 8'500 Fahrten. Die SVP sei sich jedoch auch bewusst, dass hier ein Kompromiss gesucht und gefunden werden müsse, welcher in der Volksabstimmung angenommen werden könne. Daher stelle der Gegenvorschlag mit 6'500 Fahrten für sie einen Kompromiss dar, welchen sie eingehen könne und zu dem sie ja sagen würde.

Johanna Ziberi dankt dem Gemeinderat namens der SP-Fraktion, dass sie sich hierzu äussern dürfe. Ihr Votum gehe in die Richtung desjenigen von Martin Häusermann. Es gehe ihr vor allem darum, die Lebensqualität in Muri-Gümligen hoch zu halten. Sie stelle sich daher folgende Fragen:

1. "Wird eine neue Baustelle in Muri-Gümligen zu unserer Lebensqualität beitragen"? Baustellen und leere Gebäude habe es in und um Bern schon relativ viele.

2. Das Gümligenfeld könne nicht losgelöst vom Rest der Gemeinde betrachtet werden. Es wüssten zum Beispiel alle, dass die Luftreinhaltung auf der Thunstrasse - wie es bereits Martin Häusermann aufgezeigt habe - schon jetzt nicht eingehalten werde. Man rede hier von dB(A) und anderen Einheiten. Man könne doch auch einmal von den Menschen sprechen, welche dort lebten. "Was macht die Gemeinde, um die Gesundheit von den Menschen, welche dort leben, zu schützen"? Wenn man davon ausgehe, dass man dasselbe Szenario haben könnte, wie beim Passivrauchen, hätten auch hier die Leute, welche nicht geschützt würden, das Recht, sich - auch auf rechtlicher Ebene - an die Gemeinde zu wenden.

3. Schulkinder müssten jeden Tag über die Thunstrasse zur Schule oder zum Kindergarten. Diese Situation werde durch die verkehrstechnische Entwicklung im Gümliengfeld sicherlich nicht besser. "Wie werden diese Schulkinder geschützt, welche jeden Tag die betreffenden Strassen überqueren müssen? Was machen wir, wenn eines unserer Kinder überfahren wird, weil es dort zu viele Autos hat?"

4. Sie möchte noch auf eine Unstimmigkeit hinweisen. Die Unterlagen seien von einer absolut lausigen Qualität, sogar mit einer Sehstärke von 150% sei es unmöglich, die Legende zu entziffern. Um mitwirken zu können, müssten selbstverständlich brauchbare Unterlagen vorliegen. Dass neu von Fahrtenkontingenten und nicht mehr von Parkplätzen die Sprache sei, fände sie sehr begrüssenswert. Die Anzahl der bewilligten Fahrten sei jedoch massiv überhöht und falsch berechnet. Die 1'100 Fahrten der Kamata seien beispielsweise nicht im Bericht Roduner enthalten. Sie hätte sich auch gefragt, was mit der neuen Fläche, die rund um den geplanten Kreisel entstehe, geschehe. "Was hat man dort vor und wieso ist man nicht darüber informiert"? Sie beziehe sich nun noch auf den Überbauungsplan Gümliengfeld, wo zumindest die Legende lesbar sei. Dort sei ersichtlich, dass im neuen Zustand ein Mischbereich entstehen solle für Abstellplätze. Laut Legende handle es sich dabei um Standplätze für Container/Velos. Ausgeschlossen seien PW-Parkplätze für Kunden. Sie möchte bitten, dass auch die PW-Parkplätze für Mitarbeitende ausgeschlossen würden. Leider sei die SP aufgrund ihrer Diskussionen zum Schluss gekommen, dass die Interessen der Landeigentümer bisher von der Gemeinde bevorzugt behandelt worden seien. Sie würde dringend darum bitten, dass die Interessen der Menschen, welche dort leben würden, in den Vordergrund gestellt würden und sich die Gemeinde darauf konzentriere, für alle, das heisse für Kinder, Erwachsene und ältere Menschen, eine hohe Lebensqualität zu erhalten. Sie wisse, falls dies irgendwo auf dieser Welt möglich sei, dann sicherlich in unserer Gemeinde.

Daniela Pedinelli (SP) führt aus, da sie im vorliegenden Geschäft nicht ganz unbefangen sei, werde sie sich - im Sinne einer Ausnahme - des Hochdeutschen bedienen. Das schaffe mehr Sachlichkeit, womit sie hoffe, dem Anliegen der Präsidentin nachzukommen. Allerdings möchte sie als Randbemerkung einfügen, das Parlament von Muri-Gümlieng sei selbstverständlich immer sachlich. Gewisse Statements, welche personen- und nicht sachbezogen erscheinen würden, seien selbstverständlich nie personen-, sondern funktionenbezogen. Der Unterschied sei wesentlich und es stehe dem Parlament durchaus an, funktionenbezogene Interventionen zu machen. Dies sei nicht eine Frage des Stils, sondern des Inhalts. Und nun, sachlich, zur Sache.

Sie begrüsse es sehr, dass der Gemeinderat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet habe. Er schade vielleicht zwar der Initiative, diene jedoch der Transparenz und damit der demokratischen Rechtsordnung. Mit dem Gegenvorschlag sei nun klar, welche Position der Gemeinderat, nicht durch Salamtaktik bei Unterhöhlung der rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern durch Schaffung neuer Rechtsgrundlagen, pro futuro vertreten werde. Sie möchte im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens folgende Verbesserungsvorschläge einbringen:

1. Die Zuweisung eines bestimmten Fahrtenkontingents für den ESP Autobahnausfahrt Muri sei ein gangbarer Weg, sofern die zulässige Fahrtenzahl gesamthaft umweltverträglich sei. Klarheit, Rechtssicherheit und Zielführung seien jedoch nicht erstellt, solange unklar sei, ob Fahrten zu allfälligen künftigen Tankstellen an diesem Standort mitgerechnet würden oder nicht und solange die bereits erstellten Bauprojekte - beispielsweise das Reitsportzentrum und der Media Markt - nicht in die Überprüfung der Umweltverträglichkeit des Gümliengfelds als Anlage miteinbezogen würden. Weiter sei die Prüfung der Umweltverträglichkeit selbstverständlich auf das gesamte Gebiet des Autobahnanschlusses auszudehnen, damit der umweltverträgliche

Fahrtenplafond für das Gümligenfeld ermittelt werden könne. Da dies nicht geschehen sei, scheine ihr, die Bevölkerung unserer Gemeinde werde wiederum hinter Licht geführt. Sie schlage vor, dass dies ganz klar vermieden werde, um das Vertrauen in Politik und Behörden wieder herzustellen. Sie bitte daher, die nötigen Massnahmen und Abklärungen zu treffen und in den Gegenvorschlag zu integrieren.

2. Der Gegenvorschlag könne wohl kaum als eine gegenüber dem Initiativtext andere Steuerungsart verkauft werden. Dies entspreche schlicht nicht den Fakten. Das Baureglement steure ja weiterhin über die Nutzung und verbiete Einkaufszentren. Die Überbauungsordnung solle auch über Fahrten steuern und lasse weiterhin nur Fachmärkte zu. Wenn aber Märkte mit so breiter Warenpalette wie Media Markt oder sogar Möbelhäuser von den für die rechtliche Interpretation zuständigen Behörden als Fachmärkte betrachtet würden, hätte man ein Glaubwürdigkeitsproblem, das auch mit dem Gegenvorschlag weiter fortbestehen würde. Man habe weiterhin eine schwierige Abgrenzung zwischen Fachmarkt und Einkaufszentren. Hinzu komme die Tatsache, dass eine Ansammlung von Fachmärkten - eventuell ja sogar im selben Gebäude - nach gesundem Menschenverstand wirklich einem Einkaufszentrum gleichkomme. Mit dem Gegenvorschlag finde also keine andere Steuerung statt als bisher. In beiden Fällen, Initiative und Gegenvorschlag, habe man einen Steuerungsmix zwischen Nutzungsart und Fahrten. Man habe mit dem Gegenvorschlag keine bessere Ausgangslage als bisher und auch keine bessere Ausgangslage als jene, welche der Initiativtext schaffe. Die rechtlichen Interpretationsprobleme, welche sich schon heute bezüglich der Nutzungsart ergeben würden, bestünden fort. Man habe einfach einen höheren Fahrtenplafond, mehr nicht. Das sei zumindest ehrlich. Sie würde sich aber eigentlich wünschen, dass mit dem Gegenvorschlag auch die stossenden Ungereimtheiten bei der Unterscheidung Einkaufszentren/Fachmärkte behoben würden.

3. Bezüglich der Anpreisung der Vorlage als etwas, das sie faktisch nicht sei, erlaube sie sich noch einen anderen Hinweis: Sie fände es geradezu unethisch, wenn der Gemeinderat seine Vorlage damit verkaufen wolle, dank dem Ausbau des Entwicklungsschwerpunktes werde der Unfallschwerpunkt am Waldrain schneller behoben. Es müssten am Unfallschwerpunkt, ganz unabhängig von der Realisierung des Entwicklungsschwerpunktes, so rasch wie möglich Massnahmen getroffen werden. Sie wolle doch sehr hoffen, dass dies der Regierungsrat unseres Kantons auch so sehe. Wenn sich die Bevölkerung allenfalls gegen den Gegenvorschlag entscheide, sei sie sicher nicht für die Unfallopfer des Waldrains verantwortlich.

4. Weiter möchte sie beliebt machen, dass im Gegenvorschlag die Äusserungen zur Initiativvorlage sachlich gehalten und tendenziöse Aussagen gestrichen würden. Sie finde es stossend, wenn festgehalten werde, der Initiativtext lasse theoretisch ein Fahrtenkontingent von 10'000 Fahrten zu. Der Initiativtext gehe von einer gültigen zulässigen Parkplatzzahl von 640 und damit von einer diesem Parkplatzplafond entsprechenden Anzahl Fahrten von 2'500 für das Gümligenfeld aus. Hinzu kämen hier die 1'100 Fahrten für Kamata, welche vom Initiativtext natürlich nicht tangiert würden. Ein Fahrtenkontingent von 10'000 Fahrten würde erstens sogar das sprengen, was der Kanton als für den Entwicklungsschwerpunkt maximal zulässigen Fahrtenplafond erachte, und zweitens würde sich die Frage stellen, wie man angesichts der Nutzungsbeschränkungen des Initiativtexts selbst auf die vom Kanton als zulässig erachteten maximalen 6'800 Fahrten kommen könne. Es schaffe nur böses Blut und allenfalls Juristenfutter, mit derart unbedarften Äusserungen zu operieren, und dies sollte doch jetzt für das gebeutelte Gümligenfeld wirklich vermieden werden.

5. Zu guter Letzt - und ihr persönlich am wichtigsten - würden Aussagen des Gemeinderates zum Stichwort „Entwicklungsschwerpunkt“ fehlen. Welche Entwicklung bringe die Umsetzung des kantonal festgelegten Entwicklungsschwerpunktes unserer Gemeinde? Inwiefern könne das, was die Umsetzung des Entwicklungsschwerpunk-

tes bringe, wirklich auch als „Entwicklung“ angesehen werden? Würden ein paar zusätzliche Einkaufszentren bereits „Entwicklung“ bedeuten? Wie stehe es mit den volkswirtschaftlichen Kosten für diese „Entwicklung“, welche wie immer auf die Allgemeinheit überwälzt würden? Ihr persönlich scheine, die Umsetzung des Entwicklungsschwerpunktes bringe der Bevölkerung von Muri-Gümligen nur Lasten und Kosten, mit mehr Krankheiten und Unfällen auch mehr persönliches Unglück, sowie eine markante Verminderung der Lebens- und Wohnqualität und biete keine echten Perspektiven. Nicht nur als Parlamentsmitglied, sondern auch als Stimmberechtigte, würde sie sich in den Abstimmungsvorlagen eine fundierte Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen wünschen.

Der gemeinderätliche Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, wünscht das Wort nicht.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

C Volksinitiative "Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr"; Verlängerung der Antragsfrist

Die Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert, dem Geschäft jedoch mehrheitlich zugestimmt.

Hans-Rudolf Saxer führt namens des Gemeinderates aus, es liege bekanntlich - was auch die gefallenen Voten aufgezeigt hätten - ein relativ komplexer Fall vor, wo ein Gegenvorschlag oder sonstige Lösungen nicht einfach aus dem Ärmel geschüttet werden könnten und seriöse, zeitaufwändige Abklärungen vorgenommen werden müssten. Wenn man jetzt sagen würde, dass der Gemeinderat schon lange einen Gegenvorschlag hätte unterbreiten können, weil die Initiative ja schliesslich Ende Januar 2006 eingereicht worden sei, müsse er einfach auf zwei Elemente verweisen. Erstens sei erst Mitte August 2006 rechtlich klar gewesen, ob diese Volksinitiative überhaupt gültig sei - es sei ja bekanntlich ein Beschwerdeverfahren durchgeführt worden. Erst Ende September 2006, nach Vorliegen des Entscheides der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, habe man rechtskräftig gewusst, wie die bau- und planungsrechtliche Situation auf dem Gümligenfeld tatsächlich sei. Mit anderen Worten sei die Situation ab Oktober 2006 klar gewesen. Der Gemeinderat habe diese Zeit für verschiedenste, in diesem Gegenvorschlag enthaltenen, Abklärungen sehr intensiv genutzt. Genau für solche Situationen eröffne das Reglement über die politischen Rechte die Möglichkeit, die Frist von 12 Monaten zu verlängern, namentlich in jenen Fällen, wo ein Gegenvorschlag sinnvoll sei. Aus all den gefallenen Voten gehe hervor, dass ein Gegenvorschlag grossmehrheitlich als sinnvoll erachtet werde. Müssten keine kantonalen Verfahrensvorschriften beachtet werden, wäre es kein grosses Problem. Aber dem Antrag des Gemeinderates könne entnommen werden, dass dieser rechtlich verpflichtet sei, für einen Gegenvorschlag sämtliche Verfahrensvorschriften wie Mitwirkung, Genehmigung durch das AGR, öffentliche Auflage, Einspracheverhandlungen etc. durchzuführen. Diese Schritte könne der Gemeinderat vom zeitlichen Ablauf her nicht beeinflussen, weil man auf die kantonalen Behörden und gesetzlichen Fristen angewiesen sei. Daher beantrage er dem Parlament, die Frist, wie es im Reglement über die politischen Rechte vorgesehen sei, entsprechend zu verlängern. Letzten Freitag habe der Gemeinderat auch noch einen Brief zuhanden der Fraktionspräsidien verschickt, worin er klar festhalte, dass bei einem Nein zu diesem Antrag dem Gegenvorschlag jegliche Basis entzogen werde, weil das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren mangels Zeit nicht durchzuführen wäre.

Eintreten wird nicht bestritten.

Daniela Pedinelli stimmt namens der SP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates zu. Für die Fraktion stehe nicht der Erfolg der Abstimmung über das Gümligenfeld, sondern die Wiederherstellung der Rechtssicherheit und Gewährleistung einer demokratischen Rechtsform im Vordergrund. Der vorliegende Gegenvorschlag führe zwar nicht zur gewünschten Rechtssicherheit, weil zahlreiche wichtige Fragen noch offen seien. Man habe vorhin zusammen mit dem Forum im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens einiges dazu gesagt. Die zahlreichen offenen Fragen würden sich innert der kurzen Zeitspanne nicht mit der nötigen Gründlichkeit lösen lassen, eine gute Lösung müsste ja bereits im August anlässlich der öffentlichen Auflage vorliegen. Der Gemeinderat müsse jedoch noch den Mitwirkungsbericht auswerten und die Akten beim Amt für Gemeinden und Raumordnung zur Vorprüfung einreichen. Sie frage sich, wie ernsthaft der Gemeinderat angesichts des engen Zeitplanes den Anliegen, welche im Rahmen der Mitwirkung von Bevölkerung und Parlament vorgebracht würden, Rechnung tragen könne. Sie habe die Hoffnung darauf noch nicht verloren. Für die Gewährung der Fristverlängerung des Parlaments erwarte die SP-Fraktion, dass sämtliche hängigen Baugesuche im Entwicklungsschwerpunkt von der Baupolizeibehörde bis zum Bauentscheid vollumfänglich sistiert würden.

Beat Marti bestätigt namens des Forums, es stehe wirklich nicht an vorderster Front, die Gümligenfeld-Initiative durchzuboxen. Es gehe vielmehr darum - wie es bereits die SP-Vertreterin gesagt habe - die Rechtsunsicherheiten aus dem Weg zu räumen und zu klären. Seiner Meinung nach sei seitens des Gemeinderates nicht allzu viel Tempo in die Erarbeitung eines Gegenvorschlages gelegt worden, sodass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier heute vor der Frage stehen würden, ob man einer Fristverlängerung zustimmen wolle, damit der Gegenvorschlag dem Mitwirkungsverfahren unterzogen werden könne. Leider bestehe faktisch keine Alternative für das Parlament, als heute Abend einfach zum Ja-Sager zu werden, damit es überhaupt zu einer rechtlich umsetzbaren Lösung kommen könne. Die Forum-Fraktion sehe, dass der Zeitplan für die Vernehmlassung des Gegenvorschlags zur Initiative auch bei einer Annahme der Fristverlängerung sehr knapp bemessen sei. Solle die Fristverlängerung zu einem akzeptablen Gegenvorschlag führen, müsse, wie der Volksmund sage, "der Finger herausgenommen" werden. Die Forum-Fraktion erwarte bei einer Erteilung der Fristverlängerung einen ausgewogenen Gegenvorschlag, welcher der Stossrichtung der Initiative gerecht werde. Auch er erwarte, dass bis zu einem Volksentscheid keine weiteren Baubewilligungen im ESP Gümligenfeld erteilt würden. In der Hoffnung, dass nun mit vollem Elan angepackt werde und dem Parlament und dem Volk ein guter Volksvorschlag unterbreitet werden könne, befürworte die Forum-Fraktion die Fristverlängerung.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

Beschluss (einstimmig)

Gestützt auf Art. 83 Abs. 3 des Reglements über die politischen Rechte wird die Frist zur Antragstellung des Gemeinderats zur Volksinitiative "Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr" um sechs Monate, d.h. bis am 5. November 2007, verlängert.

5 **Postulat Beyeler (Forum) betr. Quartier-Infosäulen; Zwischenbericht**

Der Bericht liegt schriftlich vor.

Die gemeinderätliche Sprecherin, Patricia Gubler, führt aus, sie wolle nur kurz etwas berichtigen. Im Zwischenbericht stehe, die Finanzierung der Säulen erfolge durch die Leiste. Dem sei nicht ganz so, auch das Forum beteilige sich zur Hälfte an den Kosten.

Lee Streit (Forum) gibt als Zweitunterzeichnende bekannt, sie habe eigentlich dasselbe ein bisschen in anderer Form sagen wollen. Das Forum beteilige sich an den beiden Säulen, welche von den Quartiervereinen aufgestellt würden, je zur Hälfte. Es sei bereits bei der Planung festgelegt worden, dass das Forum diesen Vorschlag zur hälftigen Finanzierung gemacht habe. Die andere Säule, welche Frau Beyeler eingegeben habe, sei auf Frau Beyelers Initiative mit den beiden genannten Vereinen realisiert worden, diese würde das Forum nicht unterstützen.

Wenn sie schon das Wort habe, könne sie auch noch gleich Merci sagen. Damals, im April 2006, sei ihnen seitens der Gemeinde eine wohlwollende Unterstützung zugesagt worden, wenn diese Motion in ein Postulat umgewandelt werde. Diese Unterstützung sei wirklich zum Tragen gekommen. Sie danke der Gemeinde herzlich, dass sie weder für die Baubewilligungsgebühren, noch für den Personalaufwand und die Materialkosten Rechnung gestellt habe. Die Säulen würden anfangs Juni 2007 zur Nutzung bereit sein.

Beschluss

Vom Zwischenbericht wird Kenntnis genommen.

6 **Postulat Raaflaub (FDP) betr. Aufsicht bei Oberstufenschülerinnen und -schülern in der Mittagspause; Abschreibung**

Der Bericht liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Kathrin Mangold wünscht als gemeinderätliche Vertreterin das Wort nicht.

Ruth Raaflaub (FDP) bedankt sich für die Ausführungen. Es sei schade, dass es offenbar nicht möglich sei, eine einheitliche, für alle Teile befriedigende Lösung zu präsentieren. Im Moment sei es sinnvoll, wenn die Schulleitungen mit den vorgeschlagenen Varianten Erfahrungen sammeln würden. Vielleicht stelle sich heraus, dass die aufgetretenen disziplinarischen Vorfälle, welche zum Postulat geführt haben, nur Einzelfälle gewesen seien und eine Aufsichtsperson überflüssig wäre. Falls dem jedoch nicht so sein sollte, werde sie sich zu gegebenem Zeitpunkt einen weiteren Vorstoss erlauben, bei dem sie auf die Unterstützung des Rates angewiesen sei. In der Annahme, auch im Sinn der Mitunterzeichnerinnen und -unterzeichner zu handeln, bitte sie den Rat, den Antrag "das Postulat sei als erledigt abzuschreiben" anzunehmen, obwohl der Vorstoss so nicht erledigt sei.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Raaflaub (FDP) betr. Aufsicht bei den Oberstufenschülerinnen und -schülern in der Mittagspause wird als erledigt abgeschrieben.

7 **Postulat SP-Fraktion betr. Verkehrssicherheit in der Nussbaumallee; Zwischenbericht**

Der Bericht liegt schriftlich vor.

Beatrice Pulver-Schober wünscht als gemeinderätliche Sprecherin das Wort nicht.

Johanna Ziberi verleiht namens der SP-Fraktion ihrer Begeisterung Ausdruck und dankt für die professionelle und rasche Umsetzung ihrer Anfrage. Sie danke dem Gemeinderat, dass hier wirklich alles gemacht werde, um die Sicherheit und Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner zu gewährleisten. In diesem Geschäft würden die Bedürfnisse der Anwohner und Nutzer der Nussbaumallee ernst genommen und nahezu modellhaft umgesetzt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht wird Kenntnis genommen.

8 **Neue parlamentarische Vorstösse**

Interpellation Stauffer (jf) betreffend Road Pricing

Laut einer Pressemitteilung vom 2. April 2007 des Amtes für Information des Kantons Bern und der Abteilung Kommunikation der Stadt Bern haben Stadt und Kanton "eine erste Auslegeordnung im Sinne einer Vorabklärung durchgeführt" zu einer möglichen Einführung eines Road Pricing. Im Rahmen dieser - aufgrund der geltenden Rechtslage und der laufenden Abklärungen des Bundesamtes für Strassen ohnehin fragwürdigen - Abklärungen fand als "Herzstück" eine Diskussionsrunde statt, an der Fachpersonen aus den Städten sowie deren Agglomerationsgemeinden teilgenommen haben.

Wie und durch wen wurden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Muri im Rahmen dieser Vorabklärungen und insbesondere an der Diskussionsrunde vertreten?

War diese Vertretung dem Kanton und der Stadt bei ihrer Auslegeordnung dahingehend behilflich, dass sie die Amtsstellen darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Gemeinde Muri, wie auch andere Agglomerationsgemeinden, für die Infrastruktur der Stadt Bern bereits Zentrumsabgaben im Rahmen des FILAG bezahlt?

Falls die zweite Frage mit Nein beantwortet wird: Ist der Gemeinderat bereit, nachträglich zu der ganzheitlichen "Auslegeordnung" beizutragen und den Kanton darum zu ersuchen, bei der Weiterverfolgung des Projekts Road Pricing die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Bürgerinnen und Bürger von Muri nicht doppelt für die Infrastruktur der Stadt Bern aufkommen möchten?

Falls die Reaktion des Kantons negativ ausfallen sollte: Gedenkt der Gemeinderat - allenfalls mit anderen Agglomerationsgemeinden zusammen - sich Gehör zu verschaffen und in der weiteren Diskussion frühzeitig darauf hinzuwirken, dass keine Doppelbelastung entstehen kann?

Die Begründung:

Artikel 15 Absatz 1 des FILAG lautet wie folgt: "Die Gemeinden Bern, Biel und Thun erhalten zur teilweisen Abgeltung ihrer überdurchschnittlich hohen Zentrumslasten in den Aufgabenbereichen privater Verkehr, öffentliche Sicherheit, Gästeinfrastruktur, Sport und soziale Sicherheit einen jährlichen Zuschuss".

Die Gemeinde Muri b. Bern zahlt einen namhaften Betrag jährlich in den Finanzausgleich ein und finanziert damit bereits heute den privaten Verkehr in der Stadt Bern indirekt mit. (Und das fataler Weise ohne Mitbestimmungsrecht!). Durch eine zusätzliche Abgabe für die Benützung dieser mitfinanzierten Strassen droht eine Doppelbelastung zu entstehen.

Gümligen, 11. April 2007

N. Stauffer (jf)

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Lee Streit (Forum) führt aus, sie habe das Bedürfnis zu danken. Die Gewerbeausstellung, wo einige als Mitarbeitende geholfen hätten, die Polit-Bar zu betreiben, liege hinter uns. Die Vorbereitung sei perfekt, gar minutiös gewesen. Jolanda habe super Vorarbeiten geleistet, sodass es für sie eine Freude gewesen sei, dazuzustossen und zu arbeiten. Sie danke Jolanda und allen Beteiligten herzlich (Applaus).

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Barbara Künzi-Egli

Simon Laager